

# Nicht länger warten

VON CHRISTIAN QUAPP

In der Debatte um ein Verbotsverfahren gegen die AfD geht es mir im Moment zu oft um die Frage, ob es klug wäre, ob man der AfD damit nicht eine Märtyrerrolle bietet. In der fühlt sie sich längst pudelwohl. Das Grundgesetz ist

## PRO ...

eigentlich eindeutig: „Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig.“

Rein nach den Buchstaben des Grundgesetzes ist es schon lange Zeit für ein Verbot der AfD. Dafür hätte es keine Geheimtreffen und keine Pläne zur Vertreibung von Millionen von Menschen gebraucht. Das Bundesverfassungsgericht hat die Hürden freilich höher gehängt. Eine Partei muss dafür nicht nur aggressiv-kämpferisch gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung vorgehen, sie darf dabei auch nicht völlig aussichtslos sein.

Weite Teile der AfD würden schon Artikel 1 des Grundgesetzes (Die Würde des Menschen...) bei erster Gelegenheit über Bord werfen, daran kann



BILD: TORSTEN VON REEKEN

**Christian Quapp** ist Redakteur unserer Zeitung.

es kaum Zweifel geben. Und dafür braucht es keinen gewaltsamen Umsturz, nur gewonnene Wahlen. Wie schnell extreme Parteien in der Lage sind, Justiz, Verwaltung und Gesetzgebung massiv zu schwächen, wenn sie erst einmal Macht haben, sehen wir seit Jahren in Europa. Die Demokratie darf nicht warten, bis sie mit ihren eigenen Mitteln vernichtet wird.

Eine AfD-Regierung würde kein einziges Problem lösen, sie würde zielsicher ins Verderben führen. Das muss die Politik endlich den Wählerinnen und Wählern vermitteln, die noch zuhören können und wollen.

Wir dürfen aber nicht warten, bis der Schaden entstanden ist. Wenn man die nötigen Beweise für ein AfD-Verbot hat, muss man sie verbieten.

@ Den Autor erreichen Sie unter [Quapp@infoautor.de](mailto:Quapp@infoautor.de)

# Alberne Idee

VON ALEXANDER WILL

Die AfD ist illiberal, chauvinistisch, freiheitsfeindlich. Aber sie ist nicht die NSDAP. Wer das glaubt, ist historisch ahnungslos und verarmt den Nationalsozialismus. Die Idee eines AfD-Verbotes ist schlicht albern.

## ... UND CONTRA

■ Es hätte keine Aussicht auf Erfolg. Aus gutem Grund haben die Väter des Grundgesetzes für Parteiverbote höchste Hürden errichtet. Das war eine Lehre aus der NS-Zeit. Auch profilierte Juristen wie der ehemalige Verfassungsgerichtspräsident Hans-Jürgen Papier und der Staatsrechtler Rupert Scholz winken ab. Aber bitte: Wenn sich SPD, Grüne & Co so blamieren wollen, wie im Fall des gescheiterten NPD-Verbotes – nur zu! So stärkt man diejenigen, die man vorgibt zu bekämpfen.

■ Eine gefestigte Demokratie wie die unsere muss eine AfD aushalten. Kann sie es nicht, ist sie nicht gefestigt. Das ist dann wessen Versagen? Genau! Das Versagen derjenigen, die in den vergangenen Jahrzehnten die Macht ausgeübt haben – CDU, SPD, FDP und Grüne.

■ Die Existenz nationalkonservativer Parteien, auch mit faschistischen Einsprengseln, ist europäische Normalität.



BILD: BICHMANN

**Alexander Will** schreibt für unsere Zeitung über Politik.

Seit Jahrzehnten leben alle unsere Nachbarn damit. Deutsche Hysterie ist einmal mehr gänzlich unangebracht.

■ Das Verbot einer 20-Prozent-Partei wäre ein demokratieschädigender Akt. Man marginalisiert nicht ungestraft große Teile des Elektorates. Auch viele, die nicht AfD wählen, werden fatal berührt sein, denn natürlich ist der Weiße Elefant im Raum offensichtlich.

■ Das Vieh trägt den Namen „Konkurrenzvereinigung“. Ein Blick auf die Umfragewerte von Ampel und Union in Ländern und Bund genügt.

Im Übrigen könnten die Parteien ihr AfD-Problem politisch lösen, indem sie bessere Politik treiben. Tipp: Die deutsche Staatsangehörigkeit zur Ramschware zu machen, wie das jetzt geschieht, gehört nicht dazu.

@ Den Autor erreichen Sie unter [Will@infoautor.de](mailto:Will@infoautor.de)